

Noch ist unklar, was aus den 13 000 Flüchtlingen des niedergebrannten Flüchtlingslagers Moria auf der Insel Lesbos werden soll. Gestern Abend brach ein neues Feuer aus. Schweizer Städte bieten derweil Hilfe an. **Von Gerd Höhler aus Athen und Remo Hess aus Brüssel**



13 000 Menschen lebten zuletzt im niedergebrannten Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Darunter rund 4000 Kinder.

BILD KEY

Unklarheit über Ursache des Höllenbrands

Die Zeitbombe tickte seit Langem. «Jetzt ist die Situation regelrecht explodiert», sagt Stratos Kytelis, der Bürgermeister von Mytilini auf der griechischen Insel Lesbos. Unweit der Stadt liegt Moria, das grösste Flüchtlingslager Europas. Die «Hölle» nennen Bewohner das fünffach überbelegte Camp. Mit dem Feuersturm, der in der Nacht zum Mittwoch das Lager verwüstete, bekommt dieses Wort eine neue, schreckliche Bedeutung.

Augenzeugen berichten, dass kurz vor Mitternacht im Umkreis des Lagers Flammen aufloderten. Die Rede ist von bis zu einem Dutzend Brandherden. Nordwinde fachten die Flammen an. Bereits nach kurzer Zeit griffen die Brände auf die Zelte und Wohncontainer des Lagers über. Die knapp 13 000 Lagerbewohner, darunter rund 4000 Kinder, flohen vor den Flammen. Erst am Morgen gelang es der Feuerwehr, den Brand unter Kontrolle zu bringen. Grosse Teile des Lagers sind zerstört.

Alles deutet auf Brandstiftung hin. Einige Migranten äusserten den Verdacht, Inselbewohner, die seit Langem die Auflösung des Lagers fordern, hätten die Brände gelegt. Denkbar ist aber auch, dass Lagerbewohner selbst dahinter stecken. Schon bei früheren Protesten hatten Migranten Wohncontainer angezündet. Für diese Version spricht, dass die Feuerwehrleute bei den Löscharbeiten von Migranten mit Steinen beworfen wurden. Manche riefen triumphierend: «Bye, Bye Moria!»

Städte drängen Bund, Flüchtlinge aus Lesbos aufzunehmen

Pascal Ritter

Flucht: Das Schicksal der Flüchtlinge aus dem Lager Moria auf Lesbos bewegt die Schweiz. Die Regierung der Stadt Bern fordert den Bund auf, «die Direktaufnahme von Flüchtlingen jetzt zuzulassen». Gleichzeitig erklärt sie sich bereit, in einem ersten Schritt einer Gruppe von zwanzig Menschen aus Moria Zuflucht in Bern zu gewähren.

Wasserhahn teilen – trotz Corona

Dem Brand waren Unruhen im Lager vorausgegangen. Auslöser war die Corona-Epidemie. Vor einer Woche wurde erstmals ein Lagerbewohner positiv getestet. Die Regierung verhängte daraufhin eine Quarantäne über das Lager und begann mit Tests. Am Dienstag wurde bekannt, dass sich weitere 35 Migranten mit dem Virus infiziert hatten. Verzweifelte Lagerbewohner versuchten, das Camp zu verlassen, aus Angst, sie könnten sich dort anstecken.

Der Berner Gemeinderat macht damit in der Forderung, Flüchtlinge aus dem Lager Moria aufzunehmen, Epidemie. Vor einer Woche wurde erstmals ein Lagerbewohner positiv getestet. Die Regierung verhängte daraufhin eine Quarantäne über das Lager und begann mit Tests. Am Dienstag wurde bekannt, dass sich weitere 35 Migranten mit dem Virus infiziert hatten. Verzweifelte Lagerbewohner versuchten, das Camp zu verlassen, aus Angst, sie könnten sich dort anstecken.

Das Camp wurde im Rahmen des EU-Flüchtlingspakts mit der Türkei 2016 gebaut. Lesbos war damals das Hauptziel der Migranten, die von der nur 15 Kilometer entfernten türkischen Küste nach Grie-

2016

wurde das Camp im Rahmen des Flüchtlingspakts mit der Türkei gebaut.

chenland zu gelangen versuchten. Moria war konzipiert als eines von fünf Erstaufnahmelagern. In diesen «Hotspots» sollten die ankommenden Geflüchteten registriert werden und auf ihre Asylbescheide warten. Die Behörden wurden jedoch schnell von dem grossen Ansturm überfordert. Auch die vorgesehenen Rückführungen in die Türkei funktionierten nicht.

Die Zustände im Lager waren katastrophal. Menschenrechtsorganisationen nennen Moria «die Schande Europas». Die meisten Menschen hausen in Zelten und Unterschlügen, die sie sich aus Plastikplanen in den umliegenden Olivenhainen ge-

zimmert haben. Hunderte müssen sich einen Wasserhahn teilen, es gibt nur wenige Toiletten.

Neuer Entwurf für Flüchtlingspakt

Ein Grund für die Überfüllung liegt im Flüchtlingspakt. Er schreibt vor, dass die Migranten bis zum Abschluss der Asylverfahren auf den Inseln festzuhalten sind. So soll verhindert werden, dass sie in andere Länder weiterreisen. Pläne zum Bau weiterer Lager stossen auf Widerstand der Bevölkerung.

Seit Jahren fordert die griechische Regierung eine gerechtere Umverteilung der Migranten in der EU. Dazu müsste die EU aber ihre Asylpolitik ändern, was sie seit fünf Jahren vergeblich versucht. Für Ende September steht nun ein weiterer Entwurf des neuen «Asyl- und Migrationspakts» an. Auch dieser dürfte es schwer haben: Einige osteuropäische Länder wollen überhaupt keine Flüchtlinge aufnehmen.

Die griechische Regierung hat am Mittwoch den Notstand über Lesbos verhängt. Mit einem Transportflugzeug der Luftstreitkräfte wurden am frühen Morgen zusätzliche Polizeikräfte auf die Insel geflogen. Sie sollen die aufgetragenen Lagerbewohner nun vor allem davon zurückhalten, in die Inselhauptstadt Mytilini zu marschieren.

Die obdachlosen Menschen sollen nach Angaben von Migrationsminister Notis Mitarakis zunächst auf Schiffen und in Zelten unterkommen. Auch würden rund 400 unbegleitete Minderjährige umge-

nehmen. Zu diesen zählt der Bund die Insel Lesbos aber nicht. «Auch wenn die Zustände auf Lesbos verbessert werden müssen, ist Griechenland kein solcher Krisenstaat. Griechenland ist ein EU-Staat, der Asylverfahren durchführen und den Schutz von Flüchtlingen gewährleisten kann», sagt SEM-Sprecher Daniel Bach.

Die Schweiz hat in diesem Jahr 52 unbegleitete minderjährige Asylsuchende aus Griechenland übernommen, die verwandtschaftliche Verbindungen in die Schweiz haben. Flüchtlingsunterstützer sagen, dies sei nichts als rechtliche Pflicht. Vom SEM heisst es, man habe das Dublin-Abkommen grosszügig ausgelegt und Griechenland bei der Identifikation solcher Fälle unterstützt. Sozialdemokraten und Grüne machen nun auf dem parlamentarischen Weg Druck auf den Bundesrat. Im Nationalrat brachten sie entsprechende Vorstösse ein. Der Nationalrat hat im Frühjahr bereits eine Motion verabschiedet, die vom Bundesrat konkrete Hilfe und politischen Einsatz auf EU-Ebene in dieser Sache fordert. ■

«Hölle» nennen Bewohner das fünffach überbelegte Camp. Mit dem Feuersturm, der in der Nacht zum Mittwoch das Lager verwüstete, bekommt dieses Wort eine neue, schreckliche Bedeutung.

hend aufs Festland gebracht. Die Europäische Union hat umgehend Hilfe zugesichert. Die Co-Parteichefin der Grünen in Deutschland, Annalena Baerbock, forderte, dass nun sämtliche 13 000 Migranten aufgenommen würden. «Wir haben Platz», schrieb sie auf Twitter. Das Problem sei Innenminister Horst Seehofer, der Bundesländer und Kommunen eine eigenständige Aufnahme von Geflüchteten verbiete.

Nach den bisher vorliegenden Berichten wurden die Büros der Lagerverwaltung und der Asylbehörde, aber auch die meisten Wohncontainer völlig zerstört. Die angekündigte Unterbringung in Zelten kann indes nur eine Übergangslösung sein. Noch ist es warm auf Lesbos. Aber in wenigen Wochen werden hier die Herbstregen den Winter ankündigen.

Sessionsforum Rückkehr ins Bundeshaus

Coronakrise: Wendepunkt im Klimaschutz

Zurück im altherwürdigen Bundeshaus! Alle Parlamentarier sind mit Schutzmasken in Plexiglaskästen eingebuchtet. Das Coronavirus ist nicht nur physisch omnipräsent, es bestimmt auch die politische Agenda.

Von Martina Munz*

Eines der Hauptgeschäfte dieser Session ist das Covid-19-Gesetz. Damit werden die Ermächtigungen des Bundesrates auf eine rechtlich solide Basis gestellt. Gegen die mehr oder weniger unbeschränkten Vollmachten des Bundesrates in vielen Bereichen gab es berechtigte staatspolitische Bedenken. Die Ermächtigungen werden nun auf Ende 2021 beschränkt. Zudem sollen Kantone, das Parlament und Sozialpartner bei Entscheiden einbezogen werden.

Das Covid-19-Gesetz umfasst ein Sammelurium von Bestimmungen zur Gesundheitsversorgung, Erwerbsersatz, Arbeitslosenversicherung, Kultur sowie Asyl- und Ausländerrecht. Die Hilfspakete sind milliardenstark, trotzdem fallen zu viele Menschen durch die Maschen. Dazu gehören Selbstständige und Personen in arbeitgeberähnlicher Funktion, aber auch befristet Angestellte und Personen mit Arbeit auf Abruf. Für sie alle gibt es keine oder nur ungenügende Entschädigungen. Viele von ihnen arbeiten im Kultur- und Veranstaltungsbereich oder in der Reisebranche. Diese Branchen erholen sich nach dem Lockdown nur langsam und werden noch lange Zeit nicht voll ausgelastet sein. Anträge für umfassendere Unterstützung fanden leider kein Gehör. Für Personen in Tieflohnbereichen genügt die Kurzarbeitsentschädigung von 80 Prozent langfristig nicht. Vielen Beschäftigten droht jetzt das Abrutschen in die Armut. Auf die Kantone kommen enorme Kosten zu, wenn es uns nicht gelingt, Lücken bei den Unterstützungsmaßnahmen zu schliessen.

Erfreulicherweise hat der Kanton Schaffhausen zu Beginn der Coronakrise ohne Umschweife ein Hilfspaket im Umfang von 50 Millionen Franken geschmürt. Bis jetzt ist dieses Geld noch weitgehend unangetastet. Aus diesem Fonds müssen jetzt unkompliziert die Härtefälle unterstützt werden, für die es kein Netz gibt: Menschen, die im Stundenlohn und auf Abruf arbeiten, Selbstständige mit unregelmässigem Einkommen, kleine Gewerbe und nettleidende Familien. Der Ausstieg



aus der Krise kann nur gemeinsam und solidarisch erfolgen.

Aus der Geschichte wissen wir, dass Krisen können enorme Kosten zu, wenn es uns nicht gelingt, Lücken bei den Unterstützungsmaßnahmen zu schliessen. Erfreulicherweise hat der Kanton Schaffhausen zu Beginn der Coronakrise ohne Umschweife ein Hilfspaket im Umfang von 50 Millionen Franken geschmürt. Bis jetzt ist dieses Geld noch weitgehend unangetastet. Aus diesem Fonds müssen jetzt unkompliziert die Härtefälle unterstützt werden, für die es kein Netz gibt: Menschen, die im Stundenlohn und auf Abruf arbeiten, Selbstständige mit unregelmässigem Einkommen, kleine Gewerbe und nettleidende Familien. Der Ausstieg



«Die Energie-wende muss jetzt beschleunigt werden.»

Martina Munz

dass voraussichtlich in dieser Session das CO₂-Gesetz fertig beraten wird. Aus dem Klimafonds können Investitionen in eine CO₂-freie Technologie unterstützt werden und erstmals wird auch die Mobilität mit der Flugticketabgabe zur Kasse gebeten. Trotz einschneidender Massnahmen ist das CO₂-Gesetz sozialverträglich ausgestaltet. Drei Viertel der Lenkungsabgaben auf Heizöl sowie die Hälfte der Flugticketabgabe werden der Bevölkerung rückerstattet. Das CO₂-Gesetz ist ein wichtiger Schritt für mehr Klimaschutz, im Wissen, dass es sich um einen Kompromiss handelt und das Gesetz noch nicht genügt, um die Klimaziele zu erreichen.

* Martina Munz ist SP-Nationalrätin aus Schaffhausen.

Leserbriefe

Ein Eingriff in die Privatsphäre des Kindes

Zu «Im Zweifelsfall sollen Lehrer Fieber messen», SN vom 9. September

Es ist sicherlich nicht die Aufgabe von Lehrpersonen, Fieber bei Ihren Schülern zu messen. Dies ist ein Eingriff in die Privatsphäre des Kindes oder des Jugendlichen. Auch ohne COVID-19 ist dies bei einem Grippeinfekt die Sache der Erziehungsberechtigten oder eines Arztes. Selbstverständlich schickt man kranke Kinder nicht in die Schule. COVID hin oder her. Das Argument, Eltern würden ihre Kinder auch bei Krankheitssymptomen in die Schule schicken, greift nicht. Im Arbeitsgesetz sind diese Fälle klar geregelt, und Eltern können auch kurzfristig bei Erkrankungen ihrer Kinder zu Hause bleiben. Gleichzeitig können weder Laien noch Experten klar zwischen einer Grippe oder einer COVID-19-Infektion unterscheiden. Erst ein PCR-Test kann zurzeit eine COVID-19-Infektion bestätigen oder ausschliessen. Viel wichtiger ist es, bei einem vermehrten Auftreten von Erkältungssymptomen den Lehrer in Quarantäne zu schicken und zu testen.

Eltern eines kranken Schülers oder über 12-Jährige ebenfalls zu testen, macht keinen Sinn und belastet die Testkapazitäten.

Was mich nachdenklich macht, ist die Tatsache, dass diese Vorgaben aus dem Erziehungsdepartement kommen und eins zu eins von unserem Schulpräsidenten herunterbetet werden. Hier ist wieder einmal klar erkennbar, dass der Stadtschulrat fast keine eigenen Kompetenzen hat. Lediglich zum Verwalten und Abnicken ist dieses Gremium gut. Hätten wir geleitete Schulen, wären die Kommunikationskanäle und die Reaktionszeiten bei einer COVID-19-Ausbreitung kürzer – und Zeit haben wir leider nicht.

Andreas Hauser
Schaffhausen

«Bus Merishausen/Bargen» hinzufügen, und alles ist klar. Mein Beschriftungsvorschlag, den alle normal Denkenden als Notwendigkeit sehen, hat sich zu einem Marathonlauf entwickelt. Ausgeführt ist noch immer nichts. Seit zwei Monaten schreibe, telefoniere und gehe ich von Amtsstelle zu Amtsstelle...

Niemand ist zuständig! Im Stadthaus wird nur weitergeleitet. Die VBSh dürfen nicht. Die SBB wollen nicht. Der Denkmalschutz denkt nach und bremst. Das Tiefbauamt hat kein Interesse. Die Stadtpolizei hat andere Aufgaben.

Herr Wahrberger von den VBSh plant, Plakate mit dem nötigen Hinweis in der Bahnhofunterführung aufzustellen. Aus meiner Sicht ist dies eine Notlösung, die in den Anfängen, vor vier Jahren, hilfreich gewesen wäre. Inzwischen haben wir Einheimischen den «RanK» längst selbst gefunden. Wer den Bahnhof Nord vor vier Jahren geplant und zustande gebracht hat, hat seine Arbeit nicht zu Ende geführt. Eine private Firma hätte längst gehandelt und festgestellte Mängel behoben. ÖV-Benutzer, Wanderer, Touristen und viele Auswärtige wären dankbar.

Ich bin gespannt, von wem und wann endlich das Versäumte erledigt wird. Oder braucht diese Kleinigkeit tatsächlich erst eine Volksabstimmung?

«Bus Merishausen/Bargen» hinzufügen, und alles ist klar.

Mein Beschriftungsvorschlag, den alle normal Denkenden als Notwendigkeit sehen, hat sich zu einem Marathonlauf entwickelt. Ausgeführt ist noch immer nichts. Seit zwei Monaten schreibe, telefoniere und gehe ich von Amtsstelle zu Amtsstelle...

Niemand ist zuständig! Im Stadthaus wird nur weitergeleitet. Die VBSh dürfen nicht. Die SBB wollen nicht. Der Denkmalschutz denkt nach und bremst. Das Tiefbauamt hat kein Interesse. Die Stadtpolizei hat andere Aufgaben.

Herr Wahrberger von den VBSh plant, Plakate mit dem nötigen Hinweis in der Bahnhofunterführung aufzustellen. Aus meiner Sicht ist dies eine Notlösung, die in den Anfängen, vor vier Jahren, hilfreich gewesen wäre. Inzwischen haben wir Einheimischen den «RanK» längst selbst gefunden. Wer den Bahnhof Nord vor vier Jahren geplant und zustande gebracht hat, hat seine Arbeit nicht zu Ende geführt. Eine private Firma hätte längst gehandelt und festgestellte Mängel behoben. ÖV-Benutzer, Wanderer, Touristen und viele Auswärtige wären dankbar.

Ich bin gespannt, von wem und wann endlich das Versäumte erledigt wird. Oder braucht diese Kleinigkeit tatsächlich erst eine Volksabstimmung?

Fotovoltaik ist nicht umweltfreundlich

Zu «Sonnenkraft und Subventionen», SN vom 8. September

Da vernimmt der Leser gleich im Untertitel «Die Fotovoltaik (PV) ist umweltfreundlich, in vielen Fällen aber finanziell nicht attraktiv». Beurteilt man die PV-Anwendung vor Ort, mag eine Beurteilung mit «umweltfreundlich» als angebracht gelten.

Die Herstellung der PV-Technik, besonders deren aktives Grundmaterial, hochreines Silizium (Si), ist mit extrem hohem Energie-Aufwand verbunden. Da etwa 85 bis 90 Prozent davon in China hergestellt werden und der Strommix in China noch auf einige Zeit zu über 50 Prozent aus Kohlestrom besteht (Ablösung durch Nuklearstrom), ist der anrechenbare CO₂-Anteil pro Energieeinheit recht hoch.

Noch viel kritischer sind die für den Herstellungsprozess des Siliziums notwendigen Dotierchemikalien: Es sind da unter anderem Phosphore, Arsenwasserstoff, Selenwasserstoff, reines Chlor. Diese hochtoxischen Substanzen finden sich im Herstellungsprozess, bei sehr hohen Drucken und Temperaturen. Dies hat zur Folge, dass im Falle von Leckagen für sehr weit gestreute Verteilung gesorgt ist. Zur Erinnerung, Bhopal (1984): geschätzt zwischen 3800 und 50 000 Akutote (neueste Erhebungen gehen von der oberen Grenze aus).

Kommentar

Ein bisschen speziell

Der Schaffhauser Kantonsrat ist bisweilen unglaublich detailversessen. In einer Budgetdebatte kann er schon mal eine halbe Stunde darüber diskutieren, ob die Fotokopiergebühren an der Kanti nun zu hoch sind oder nicht. Umso erstaunlicher ist es, wie oberflächlich das Parlament am Montag die Solarambitionen der Kantonsregierung behandelt hat. Selbst Baudirektor Martin Kessler (FDP) bemerkte, es sei schon ein biss-



Zeno Geisseler
Redaktor Kanton

zeno.geisseler@shn.ch

«Die gigantischen Solarambitionen der Regierung werden kaum hinterfragt.»

chen speziell, dass die regierungsrätliche Solarrvorlage nicht einmal einer Spezialkommission zugewiesen worden sei.

Schon klar, die Mehrheit des Rats ist für die Energiewende, die Regierung rennt also offene Türen ein. Doch die Ambitionen sind gigantisch. Bis 2035, also innerhalb der nächsten 15 Jahre, soll ein Fünftel des gesamten Stroms, der in Schaffhausen verbraucht wird, aus der Sonnenenergie stammen. Um dieses Ziel wirklich zu erreichen, müsste ab sofort jede Woche eine grosse Solarstromanlage gebaut werden – 53 Stück pro Jahr, 15 Jahre lang, Stückpreis 200 000 Franken, vornehmlich privat finanziert. Dies für eine Anlage, die in den meisten Fällen nicht einmal rentiert, weil viele Endkunden nicht bereit sind, freiwillig teuren Solarstrom zu kaufen. Dieses Szenario stammt nicht etwa von irgendwelchen Atomlobbyisten, sondern steht schwarz auf weiss in der kantonalen Solarrvorlage. Dass die grosse Mehrheit solche Grössenordnungen und solche Ausgangslagen kaum hinterfragt, ist, um bei Martin Kessler zu bleiben, tatsächlich schon ein bisschen speziell.

Was kümmert solches das «saubere» Schaffhausen, falls solches in Sichuan Provinz in China geschehen würde?

Kommt dann auch noch die Entsorgung als Sondermüll, laut Erfahrung der D'TÜV und Dekra liegt die erwartete mittlere Lebensdauer einer PV-Anlage bei 17 Jahren!

Zudem, die Anwendung der PV-Technik erfordert enormen Aufwand in dahinter liegender Systemtechnik, besonders Zwischenspeicherung; täglich, witterungsabhängig und besonders kritisch, saisonal. Letzteres wurde in der laufenden Schweizer Energiestrategie schlicht übergangen, Lösungen sind noch nicht in Sicht, zu deren Verwirklichung läuft die Zeit davon. Systemtechnik, deren Kosten der Anwendung von PV angebelastet werden müssen, ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Auch hat das BFE in der nun laufenden Revision zum EnG von 2017 erkannt, dass der Umbau ohne weitere fortlaufende Förderung nicht gehen wird, ursprünglich wurde deren Auslaufen auf 2022 versprochen. PV ist weder umweltfreundlich, noch kann die Technik je kostengünstig werden. Es wundert, dass besonders FDP-Politiker dazu immer noch die Hand reichen und nicht beim Bund vorstellig werden, eine grundsätzliche Standortbestimmung zu veranlassen und damit auch ein Umdenken!

Emanuel Höhener
Stetten